

Haushaltsrede 23. Februar 2010

Nürtinger Haushalt in Zeiten der Krise

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

eigentlich ist alles zum Haushalt 2010 schon gesagt. In einer öffentlichen Bürgerversammlung, in öffentlichen Ausschuss- und Gemeinderatssitzungen, in nicht-öffentlichen Vorberatungen. Deshalb und weil wir in diesem Jahr wirklich kein Geld zu verteilen haben, wollte die Verwaltung die Haushaltsberatung auch stark verkürzen. Letztlich werden wir dies auch tun, weil heute der Haushalt eingebracht wird und in einer verkürzten Beratungsrunde am 30. März 2010 verabschiedet werden soll.

In der bisherigen Debatte zum Haushalt ist viel Richtiges und Wegweisendes bereits gesagt worden:

Beispielsweise über die Notwendigkeit, auch die Einnahmen zu steigern, wenn die Ausgaben auf allseitiges Drängen vermehrt werden oder über die Vorzüge einer antizyklischen Finanzpolitik, die wir in den vergangenen Jahren betrieben haben und die uns in den letzten zehn Jahren den Schuldenstand von fast sieben Millionen auf fast null abbauen ließen, wobei wir auch in dürrer Jahren die Investitionen nicht vergessen haben.

Investieren wollen wir auch in diesen und in den nächsten Jahren, Schulden werden wir aber auf absehbarer Zeit nicht mehr abbauen, sondern aufnehmen.

Dieser Haushalt ist nämlich der erste Haushalt in voller Kenntnis der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise und er ist der erste nach dem politischen Richtungswechsel in Berlin vom 27. September 2009.

Lassen Sie mich diese Aspekte, bevor ich doch noch einige Worte zur Nürtinger Situation sage, kurz reflektieren.

Bei der Einbringung des Haushaltes für das Jahr 2009 konnten wir an dieser Stelle zwar die Ursachen und Ausmaße der Finanzkrise beschreiben, nicht aber ihre Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Ich habe dazu im letzten Jahr gesagt: „Wie sich die Weltwirtschaftskrise auf Nürtingen auswirken wird? Um ehrlich zu sein: Ich weiß es nicht!“.

Heute wissen wir immerhin, dass die ersten zwölf Monate glimpflicher verlaufen sind als in manchen Schreckenszenario beschrieben wurde. Dies könnte ja auch dafür sprechen, dass die vereinbarten Reaktionen der Staatengemeinschaft und auch das Krisenmanagement in Deutschland besser waren als in den zwanziger Jahren und auch besser als die leichtfertige und wohlfeile Kritik, man hätte systemrelevante Banken, gefährdete Branchen und bedrohte Unternehmen ja auch einfach absaufen lassen und damit viel Steuergeld sparen können. Wir sollten nicht vergessen, dass die schon vorher brodelnde Krise erst explodierte, als die mittlerweile abgewählte Bushregierung eine Bank versinken ließ. Rettungsmaßnahmen für Banken, deren aberwitzig überbezahltes Management Milliarden versenkt hat, sind also wohl nicht nur unerträglich, sondern auch unvermeidbar.

Unverzichtbar ist es aber auch, dass aus dem Scheitern der entfesselnden Finanzmarktkräfte alle erforderlichen Konsequenzen gezogen werden, damit sich ein solcher Kollaps der Finanzmärkte, ein solcher Crash des Kapitalismus nicht wiederholen kann.

Der Ausgangspunkt war: Die Deregulierung der Finanzmärkte, die Zurückdrängung staatlicher Kontrolle und Bankenaufsicht, die Genehmigungsfreiheit auch noch der fragwürdigsten Finanzprodukte, die dubiose Rolle der Ratingagenturen, die Ausrichtung des Managements an äußerst kurzfristigen und gleichzeitig überzogenen Renditeerwartungen, die gleichzeitige Diskreditierung jeden sozialen Ausgleichs von der Lohn- bis zur Steuerpolitik.

Ich möchte heute nur klarstellen: Wir dürfen diese Ursachen der Krise beim Übergang zur Tagesordnung nicht vergessen und wir dürfen nicht zulassen, dass die Urheber der Krise sich schon in die nächsten unverantwortlichen Finanzabenteuer stürzen, während die Kommunalpolitiker angeprangert werden, weil sie krisenbedingt nicht genug Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung oder der Straßen oder für Schulen locker machen können.

Die Krise wurde nicht in den Rathäusern, sondern in Bankhäusern produziert – dorthin sind bitte auch die Beschwerden zu richten!

Sicher ist gegenwärtig nur eines: Die Krise ist noch nicht vorbei. Deshalb haben wir bei der Prognose der Haushaltsentwicklung immer noch schwankenden Boden unter den Füßen. Wir wissen noch nicht einmal, wie viel die staatlichen Schutzschirme den Steuerzahler am Ende tatsächlich kosten werden.

Auch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf dem Arbeitsmarkt sind noch nicht abzusehen. Es weiß auch niemand, ob die staatliche Regelung für das Kurzarbeitergeld ausreichen wird um in großem Umfang Entlassungen zu vermeiden. Fest steht nur, dass die Krise das Steueraufkommen der Stadt um mehrere Millionen Euro reduziert und der Arbeitskreis Steuerschätzung mit weiteren Mindereinnahmen bei sämtlichen öffentlichen Haushalten rechnet. Gleichzeitig steigen die Sozialausgaben, bei zunehmender Arbeitslosigkeit sogar noch sprunghafter als derzeit.

Mit einem Wort: Wir haben die Krise nicht hinter uns, sondern stecken mittendrin, da wir es unaufhaltsam mit sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben zu tun haben werden. Dies unterscheidet uns nicht von Bund und Land. Wir sollten uns aber von anderen politischen Ebenen durch größere Ehrlichkeit unterscheiden, in dem wir offen zugeben, dass bei krisenbedingt wachsenden Ausgaben und erschreckend sinkenden Einnahmen nicht auch noch kurzfristige Erfolge beim Schuldenabbau oder gar tiefgreifende Einnahmenverzichte möglich sind.

Und damit komme ich zur zweiten gravierender Veränderung seit der letzten Haushaltsdebatte, dem Wechsel in der Bundesregierung. Zunächst einmal wünsche ich

der Koalition bei der Lösung der bedrückenden Probleme und bei der Bewältigung ihrer Aufgaben eine glückliche Hand. Für den sozialen Frieden in unserem Land und ganz besonders in unseren Städten wäre ein Erfolg jedenfalls zu wünschen.

Dennoch muss ich darauf aufmerksam machen, dass sich die getroffenen und beabsichtigten steuerpolitischen Entscheidungen des Bundes als hohes Gefährdungspotenzial für die kommunalen Haushalte erweisen. So rechnet der Städtetag Baden-Württemberg und auch das Baden-Württembergische Finanzministerium, das die Umsetzung der steuerpolitischen Entscheidungen der neuen Bundesregierung ab 2010 zu 350 Millionen Euro und ab 2011 zu weiteren 850 Millionen Euro Einnahmeausfällen bei den Kommunen unseres Landes führen würde. Deshalb verwundert es Sie vermutlich nicht, dass ich mich der im Gemeindefinanzbericht des Baden-Württembergischen Gemeindetages geäußerten Ansicht anschließe, wonach „Ankündigungen für weitere Steuersenkungen bis hin zur Abschaffung der Gewerbesteuer und deren Ersatz durch eine Umsatzsteuerbeteiligung von kommunaler Seite“ weder mitgetragen noch mit Blick auf die Situation im Bundeshaushalt und in Länderhaushalten wirklich ernst genommen werden können.

Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass alle Bürger, und übrigens auch die Repräsentanten der Bundes- und Landesregierung, immer mehr von den Kommunen erwarten und von ihr verlangen. Deshalb muss man den Städten und Gemeinden auch die erforderlichen Mittel geben, um die wachsenden Aufgaben bewältigen zu können.

Deshalb müssen in Deutschland Städte und Gemeinden klare Forderungen an die Bundespolitik, aber auch an die Landesebene richten:

1. Hände weg von der Gewerbesteuer, da bin ich ja zum Glück mit sämtlichen Kollegen im Deutschen Städtetag und im Deutschen Städte- und Gemeindebund einig. Jeder Versuch, die Gewerbesteuer ganz oder teilweise durch notdürftige Hilfskonstrukte zu ersetzen, muss abgewehrt werden. Ich kann nur hoffen, dass die Zusage der Kanzlerin auf der Hauptversammlung des Städtetages 2009 Bestand hat, nicht an der Gewerbesteuer zu rütteln. Hier geht es nämlich um die Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen.

Wer sich an der Gewerbesteuer als zentrale Einnahmequelle der Kommunen versündigt, zerstört die kommunale Selbstverwaltung in ihrem Kern.

2. Genauso dürfen die kommunalen Einnahmen aus der Einkommensteuer nicht geschmälert werden. Der Bund und die Länder haben gerade in der letzten Legislaturperiode den Kommunen immer mehr Leistung abverlangt, vor allem beim Ausbau der Kinderbetreuung. Selbst einstigen Gegner von Krippeplätzen kann der Ausbau heute nicht schnell genug gehen. Dazu passt es nicht, den Kommunen gleichzeitig Finanzquellen abzugraben!
3. Das in unserer Landesverfassung festgelegte Konnexitätsprinzip, wonach das Land verpflichtet ist, zusätzliche finanzielle Belastungen der Kommunen auszulassen, die dadurch entstanden sind, dass die Länder im Bundesrat dem Rechtsanspruch zubinden, muss in vollem Umfang gelten.
4. Kein Zwang zur Privatisierung! Zu den Glaubenssätzen des Neoliberalen Zeitgeistes, der 15 Jahre lang bis zum Ausbruch der Finanzkrise die öffentliche Debatte bestimmt hat, gehörte auch das Motto: „Privat vor Staat“. Nürtingen ist zum Glück dieser Parole niemals auf den Leim gegangen. Und wir wissen auch z.B. wie stark der Haushalt von unseren – nicht privatisierten – Stadtwerken profitiert. Es geht, wenn man 2008 Gewinnausschüttung, Konzessionsabgabe und Gewerbesteuer zusammen zählt jährlich immerhin um 4,3 Millionen! Und daneben sind die Stadtwerke auch noch in der Lage zu investieren, vor allem in Erneuerbare Energien, in die Telekommunikation und in die Freizeitinfrastruktur (s. Hallenbad Zizishausen). Die Stadtwerke ermöglichen kommunale Mitwirkung in der Energiepolitik. Sie helfen mit ökologischen Know how, die Energiewende herbeizuführen und Wettbewerb überhaupt erst zu ermöglichen. Deshalb darf es keine Behinderung kommunaler Betriebe im Wettbewerb geben und erst recht kein Zwang zur Privatisierung!

Und nun einige Worte zur Nürtinger Situation. Dass die Krise in der Stadtpolitik noch keine Verwüstungen anrichten konnte, ist unserer Situation gut zu schreiben. Wir haben in den vergangenen Jahren unsere Schulden fast komplett abgebaut. Dies verschafft uns jetzt etwas Spielraum, wieder Darlehen aufzunehmen, um die Wirt-

schaft anzukurbeln, die Infrastruktur auszubauen und die sozialen und kulturellen Leistungen trotz Krise weitgehend aufrecht zu erhalten.

Wie Sie dem vorliegenden Haushalt entnehmen können, wollen wir auch in diesem und in den kommenden Jahren die Kinderbetreuung weiter ausbauen, wir wollen die Schulstadt bleiben und wir wollen versuchen, den Rotstift nicht vorrangig im Kultur-etat anzusetzen, nur weil dessen Leistungen freiwillig im Sinne der kommunalen Haushaltsordnung sind. Mit anderen Worten: Wir weigern uns, die Stadt kaputt zu sparen. Und wir haben damit die letzte Krise überwunden und ich bin mir sicher, wir werden auch diese Krise meistern.

Wenn wir auf die letzten Jahre zurückblicken, dann können wir mit Fug und Recht sagen, dass wir die guten Jahre dazu genutzt haben, offensichtliche Mängel in der Infrastruktur unserer Stadt abzubauen, um auch beim „Kampf um Einwohner“ konkurrenzfähig zu bleiben. Außerdem haben wir uns offensiv um deutliche Verbesserung im schulischen Angebot und in der Kindertagesbetreuung gekümmert. Wir haben Millionen in diese Einrichtungen investiert. Natürlich erwachsen hieraus auch dauerhafte Lasten, die sich im Verwaltungshaushalt niederschlagen. Das Finanzdefizit im Bereich Erziehung und Bildung stieg so in den letzten zehn Jahren gewaltig an. Trotzdem ist dies meines Erachtens gut angelegtes Geld. Geld für eine moderne Bildungs- und Familienpolitik. Geld, welches gerade auch unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit sinnvoll angelegt ist, auch wenn uns jetzt die Finanzierung dieser Einrichtungen Schwierigkeiten macht! Dies wird sicherlich von der Bevölkerung auch genauso gesehen. Im Übrigen geht es dabei auch um die Erfüllung von Rechtsansprüchen.

Zukunftsprojekte sind sicherlich auch die Ausweisung von Wohnbau und Gewerbeflächen. Wohnbauflächen deshalb, weil es notwendig ist, unsere Einwohnerzahl zu stabilisieren und die Auslastung unserer Infrastruktureinrichtungen zu gewährleisten.

Gewerbeflächen deshalb, weil wir in den nächsten Jahren mit einem massiven Abbau von gewerblichen Arbeitsplätzen in unserer Region und in unserer Stadt rechnen müssen. Dieser Wegfall muss kompensiert werden und leider hat dies mit

der Bereitstellung von Flächen zu tun. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise zeigt uns hier eindeutig dringenden Handlungsbedarf auf.

Ich werde in diesem Zusammenhang im Übrigen demnächst alle gesellschaftlich relevanten Gruppen zu einem Workshop einladen, um sich mit der Frage auseinander zu setzen, wie unsere Struktur sich bis zum Jahre 2020 entwickeln soll.

In diesem Jahr wollen wir auch eine Landesgartenschau durchführen und ich bin zuversichtlich, dass – sollten wir den Zuschlag erhalten – dies für unsere Stadt einen erheblichen Entwicklungsschub mit sich bringt.

Wie haben wir nun als Verwaltung auf die sich verschlechterten Rahmenbedingungen reagiert? Nun aus vollem Lauf abzubremsen ist bekanntermaßen nicht einfach und der Bremsweg ist lang! Deshalb konnten wir in der Kürze der zur Verfügung stehender Reaktionszeit keine klassische Haushaltskonsolidierung umsetzen. Wir schlagen Ihnen aber mit dem Haushalt 2010 einen Haushalt des Übergangs vor, der zumindest die Aussicht auf eine Genehmigung durch den Regierungspräsidenten beinhaltet. Wir werden aber sicherlich im Jahre 2010 für die darauffolgenden Haushaltsjahre die Weichen richtig stellen müssen. Da sich hier einiges ändern wird, sollten wir in den Haushaltsplanberatungen der mittelfristigen Finanzplanung, die diesen Namen ehrlicherweise nicht verdient, nicht allzu viel Beachtung schenken. Die entscheidenden Beratungen kommen erst noch auf uns zu.

Im Verwaltungshaushalt haben die Ämter, soviel wie aus dem Stand möglich, durch Kürzung der Ansätze zur Kostenreduzierung beigetragen. Gleiches gilt auch für die Schulen. Dem kamen alle Beteiligten mit großem Verständnis für die Vorgaben der Kämmerei und mit großem Verantwortungsbewusstsein für das Ganze auch nach, was ich ausdrücklich unterstreichen will. Selbstverständlich konnten von den Ausgabenreduzierungen auch Freiwilligkeitsleistungen für Vereine usw. nicht ausgenommen werden, weil die Kommunalaufsicht beim Regierungspräsidium gerade auf diese Bereiche besonders achtet. Mir kommt es aber darauf an zu betonen, dass wir nicht nach dem Rasenmäherprinzip vorgehen, sondern darauf achten, dass sachliche, personelle und vertragliche Besonderheiten berücksichtigt werden.

Zwar sicherlich nicht zur Zufriedenheit der Genehmigungsbehörde, aber mit dem Willen, für die Stadt wichtige Infrastruktureinrichtung dauerhaft zu erhalten und bürgerschaftlich engagierte Bürgerinnen und Bürger nicht zu demotivieren, sind wir meines Erachtens mit Bedacht ans Werk gegangen. Insofern ist es aus unserer Sicht berechtigt, auch von den Bürgerinnen und Bürgern die notwendige Einsicht in das Unumgängliche zu erwarten. Oder, um es mit Manfred Rommel zu sagen, „man mag die Wirklichkeit beschimpfen, sie bleibt dennoch Wirklichkeit“!

Das gilt auch für die vorgesehenen Maßnahmen im Vermögenshaushalt. Ich habe immer betont, dass wir an den geplanten größeren Investitionen festhalten sollen, als da sind, der Ausbau der Realschulen, das Kinderhaus Pfluggarten und der Teilneubau der Mehrzweckhalle in Raidwangen. Andererseits muss aber auch klar sein, dass wir bei diesen Maßnahmen kostengünstige und trotzdem zukunftsfähige Lösungen finden müssen. Wie diese aussehen können, wird sich in den kommenden Wochen und Monaten zeigen und ich bitte jetzt schon um Verständnis dafür, dass wir nicht alle Wünsche erfüllen können.

Insgesamt kann man sagen, dass die diesjährigen Haushaltsplanberatungen alles andere als Vergnügungssteuerpflichtig sind, um diesen Begriff einmal mehr zu gebrauchen. Die objektiven Bedingungen schränken in diesem Jahr und vermutlich auch und zumindest in 2011 das alte Königsrecht des Gemeinderates, nämlich das Budgetrecht, in drastischer Weise ein. Dies bitte ich zu beachten und nicht der Versuchung zu erliegen, die eigene Klientel zu bedienen und dies auf Kosten anderer Gruppen.

Ich will mit Ihnen aber dafür Sorge tragen, dass wir auf Sicht wieder einen genehmigungsfähigen Haushalt beschließen können, der aber auch infrastrukturelle Einrichtungen nicht ohne Not einschränkt oder gar in der Existenz gefährdet, der aber auch bürgerschaftliches Engagement ermöglicht und fördert. Darauf werden wir künftig ohne dies in einem verstärkten Maße angewiesen sein.

Dies ist, ich weiß es, einfach gesagt, aber schwer umzusetzen. Um so mehr sind wir auf allseitige Solidarität und wechselseitiges Verständnis angewiesen. Hierum möchte ich Sie bei diesen ganz speziellen Haushaltsplanberatungen bitten.

Danken möchte ich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Einsicht in das Unausweichliche und für die konstruktive Mitarbeit am Haushaltsentwurf. Dies gilt auch den Schulleitern unserer Schulen. Wir werden dieses Klima des Verständnisses und Vertrauens auch für die anstehenden Fragen der Haushaltskonsolidierung in den nächsten Jahren brauchen.

Besonderer Dank gilt der Kämmerei, Herrn Polak, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Lassen Sie mich mit dem Satz schließen: Die Zukunft sollte uns keine Last sein, sondern eine Lust und in der Zeit des finanzpolitischen Tsunamis beachten Sie bitte die Grundregel wie sie Hans Kaspar in seinem Aphorismus formuliert hat: „Es ist entschieden sinnvoller, Deiche zu bauen, als sich moralisch mit der Ebbe zu verbünden und darauf zu hoffen, dass auch die Flut allmählich Vernunft annimmt“.

Vielen Dank.